

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsstelle: Nachrichten Dresden  
Hauptredaktion: Postfach 10011  
Schreibleitung u. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - K. L. Meißnerstraße 25/26

Bezugspreis bei wöchentlich zweimaliger Lieferung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 30 Pfg. für  
Zugabe), bei wöchentlich 4,40 RM. einschließlich 50 Pfg. Zugabe (ohne Postzusatzgebühren)  
bei fünf wöchentlichem Bezug. Einzelnummer 10 Pfg., wöchentlich Dresden 15 Pfg., sonstigen  
Orten: Die einjährige 30 RM. breite Halle 35 Pfg., für außerhalb 40 Pfg. Familienabgabe und  
Stellungsgebühr ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 RM. breite Halle 200 Pfg.,  
außerhalb 250 Pfg. Offiziengebühr 30 Pfg. Ausländische Postgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neumann, Neudamm,  
Dresden, Postfach 10011, 1008 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unbestimmte  
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

## Das Finanzprogramm der Reichsregierung

### 6prozentige Gehaltskürzung auf drei Jahre unter Wegfall der Reichshilfe - 388 Millionen weniger für die Länder - 300 Millionen Abstriche am Reichshaushalt - Schematische Senkung der Realsteuern

#### In letzter Minute

Von unserer Berliner Schriftleitung

Eine fast unübersehbare Anzahl deutscher Journalisten fällt am Dienstagmittag den großen Sitzungssaal des Reichsfinanzministeriums, als um 14 Uhr Vizkanzler und Reichsfinanzminister Dietrich in Begleitung des Reichsarbeitsministers Stegerwald und zahlreicher hochgestellter Beamten der verschiedenen Ministerien erscheinen, um der deutschen Öffentlichkeit das zu unterbreiten, was das Kabinett Brüning als Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung bezeichnet. Es handelt sich dabei im Originaltext um ein Dokument, das im Zeitungsdruck nahezu zwei Seiten unserer „Dresdner Nachrichten“ füllen würde, wobei von den einzelnen Ministern verschiedentlich hinzugefügt wurde, daß man sich in der Urschrift im allgemeinen auf die wesentlichsten Punkte beschränkt und auf nähere Erläuterungen verzichtet habe. So steht sich heute die deutsche Öffentlichkeit reichlich 14 Tage nach jenem Wahlsonntag vom 14. September erneut vor einer umfangreichen Verlautbarung, in der Sanierung der Wirtschaft, Rettung von Staat und Volk, Entlastung von dem ungeheueren Steuerdruck, Sparsamkeit auf allen Gebieten verbessert wird. Wir haben zwar nicht ganz so umfangreiche Pläne und Ausarbeitungen in den letzten Monaten wiederholt vorgelegt bekommen, und alle versprochen, daß mit ihrer Durchführung eine Stabilisierung unserer Verhältnisse und ein Aufhalten der Krise gewährleistet sein würde. Es ist daher wohl mit Zug und Recht der deutschen Öffentlichkeit gestattet, skeptisch zu sein, wiewohl sich sachlich das Dokument nicht schlecht anläßt, soweit dadurch der Versuch gemacht wird, unsere unter Steuerdruck und Wirtschaftskrise mehr und mehr dahinsinkende Produktion und Erwerbswirtschaft allmählich zu entlasten. Immerhin, wir haben bereits Programme in den letzten Monaten wiederholt und immer weiter rutschte trotzdem die Wirtschaft ab. Immer laminartiger schwoh die Arbeitslosenziffer an, die heute die verhängnisvolle Zahl von 3 Millionen erreicht hat, und die im Februar, wenn die Schätzungen der zuständigen Stellen nicht etwa zu optimistisch sind, 4 Millionen erreichen dürfte.

Set es wie es sei — man kann diesen Plan in seinem sachlichen Inhalt nicht unabhängig von der Frage prüfen, in wessen Hände seine Durchführung gelegt sein soll, welche Männer es sind, die ihn oder ein ähnliches geartetes Reformprogramm durchführen und woher die politische Macht kommt, die so einschneidende Maßnahmen gebieterisch durchsetzt. Ist denn das Kabinett Brüning nach dem Ausfall dieser Wahlen überhaupt noch dazu legitimiert, die Regierung zu führen? Bedarf es nicht auf Grund des Artikels 54 der Reichsverfassung des Vertrauens des Reichstages? Der neue Reichstag hat ein umstürzendes Bild unserer gesamten politisch-parlamentarischen Lage ergeben. Daß das Kabinett Brüning seine Mehrheit mehr in diesem Reichstag besitzt, nachdem es im früheren ganz anders gearteten Parlamente in den entscheidenden Abstimmungen oftmals um vier bis fünf Stimmen ringen mußte, um sich vor dem Sturz zu bewahren, steht außer Frage.

So hängt gleich seinen Schöpfern auch dieser Wirtschafts- und Finanzplan, politisch gesehen, vollständig in der Luft, und selbst wenn man geneigt wäre, ihn nach sachlicher Prüfung zu bejahen, bliebe er, sofern man auf dem Boden der Reichsverfassung steht, nichts anderes als ein zwar interessanter, aber theoretischer Verzicht von Männern, deren Ministertage als geächtet gelten können. Daran ändern auch die Besprechungen nichts, die der Reichskanzler heute mit dem Reichspräsidenten gepflogen hat oder gar die Besprechungen, mit denen sich Brüning — unter welchen Konzeptionen weiß man noch nicht — der Mit Hilfe der sozialistisch geführten preussischen Regierung wohl verschert hat.

Die Unhaltbarkeit der parlamentarischen Zustände dürfte sich alsbald herausstellen, wenn der Reichskanzler jetzt daran geht, mit den Parteien zu verhandeln. Denn insbesondere die Parteien der Rechten werden ihn nach seiner Legitimation fragen, mit der er an sie herantritt, und Brüning wird eingestehen müssen, daß er im eigentlichen Staatspolitischen Sinne nicht legitimiert ist, überhaupt noch den Reichskanzlerposten zu bekleiden, geschweige denn wirtschafts- und finanzpolitische Vorschläge mit dem Ziele der Gesetzgebung zu unterbreiten, die in ihrer Art und ihrem Inhalt nach schon so etwas wie einen revolutionären Akt darstellen und die weite Kreise des deutschen Volkes dazu veranlassen müssen, mit einer Vorstellungswelt aufzuräumen, mit der sie seit einem Jahrzehnt und länger gelebt haben und deren Konfuz im neuen Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung angemeldet wird. So kann eine Erörterung über den sachlichen Inhalt des Planes nicht anderes als eine theoretische Dis-

kussion über ein Projekt sein, dessen Aussichten als äußerst ungewiß bezeichnet werden müssen, wenn nicht seine Urheber das letzte, nämlich den Staatsstreich, in irgendeiner Form riskieren wollen.

Inhaltlich wird der Plan nicht ganz zutreffend in einem kleinen Einführungsabschnitt mit der Weltwirtschaftskrise gerechtfertigt, die in vollem Umfange auch über Deutschland hereingebrochen sei und alle bis dahin denkbaren und gültigen Berechnungen über den Haufen geworfen hat. Gleich hier gilt es einzufassen, denn die führenden Männer hätten vielleicht besser daran getan, diesen Zusammenbruch, dessen Zeugen wir heute sind, im wesentlichen auch mit auf eine verantwortungslose Miswirtschaft zurückzuführen, deren Wurzel die Revolution von 1918 war und ist. Warum wagt man aber ein solches aufrichtiges Wort in kritischer Stunde nicht? Warum macht man nicht in der Einführung und Begründung des Planes gegen das System Front? Warum kennzeichnet man nicht die Verantwortlichen, die Sozialdemokratie in erster Linie, mit ihren Koalitions- genossen zur Rechten? Ist das vielleicht ein Fingerzeig dafür, daß man sich im Kabinett Brüning noch gewissen Hoffnungen hingibt, gemeinsam mit der Sozialdemokratie sich weiter an

der Macht behaupten zu können? Auf die Weltwirtschaftskrise hat man sich seit Monaten hinausgeredet, von der Miswirtschaft im Innern Deutschlands und von der Tributpolitik unserer Feinde schweigt man.

Wir haben 1 Milliarde Defizit. Was läge näher, als anstatt den Lebensstandard weiter deutscher Kreise zu senken, neben den internen Spar- und Reorganisationsmaßnahmen, die sehr begrüßenswert und notwendig sind, das Revisionsproblem wieder einmal anzupacken? Wäre denn nicht natürlicher, als wenn ein Volk in unserer Lage alle Anstrengungen machte zu verhindern, daß monatlich weit über 100 Millionen ins Ausland gehen, wo sie zu Rüstungs- und anderen unproduktiven Zwecken Verwendung finden, während unsere Arbeitslosenzahl ansteigt und Not und Elend in allen deutschen Ländern mehr denn je umgehen? Es mag ein bedenkliches Zeichen für die Misverwaltung des deutschen Menschen sein, daß er in einer solchen Situation offenbar gar nicht auf den Gedanken kommt, sich nach außen zu wenden und an Stelle überfälliger, und wie es scheint unorganischer innerer Reformmaßnahmen gegen die Mauer zu drücken, die unsere Reparationsgläubiger um uns aufgerichtet haben und die uns den Atem nimmt?

## Die Einzelheiten des Sanierungsplans

Berlin, 30. Sept. Die Reichsregierung veröffentlicht jetzt die angekündigte umfassende Vorlage zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft. In der Einleitung weist die Vorlage auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ihre Ursachen hin. Zunächst gilt es, so heißt es dann,

einen geordneten und ausgeglichene Etat für das kommende Jahr aufzustellen, damit das erschütterte Vertrauen in unsere Finanzwirtschaft wieder hergestellt und damit unserer Wirtschaft neuer Wille, sich zu betätigen und Arbeit zu beschaffen, gegeben wird. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist ein Notbehelf; sie behandelt nur die Folgen und beseitigt nicht die Ursachen. Eine umfassende Vereinfachung, vor allem des Steuerwesens, ist eine Notwendigkeit.

Nicht höhere Steuern, sondern allein Sparmassnahmen, Entlastung, die Wiederherstellung des Vertrauens sind die Grundideen, die uns führen müssen.

Daruf sind unsere Vorschläge aufgebaut.

Im Abschnitt I werden sodann die Vereinfachungsvorschläge für den Reichshaushalt im einzelnen dargestellt. Für 1930 muß mit einem Fehlbetrag von 750 Millionen bis 900 Millionen RM. gerechnet werden, 300 Millionen RM. davon für die kommenden Anforderungen der Arbeitslosenfürsorge, etwa 450 bis 600 Millionen RM. durch Rückgang der Einnahmen. Die Abdeckung soll in den nächsten drei Jahren aus einem besonderen Fonds erfolgen, dessen Bildung durch Gesetz sichergestellt wird und der die Beschaffung eines Ueberbrückungskredits, seine Vergütung und Rückzahlung gewährleistet. Durch die Gesamtheit der zu treffenden Maßnahmen wird die Ausgabenseite 1931 gegenüber 1930 um rund eine Milliarde RM. gesenkt. Die Senkung soll erfolgen:

- 1. Durch Gehaltskürzung. Die Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, der Minister und der Abgeordneten werden um 20 Pro-

### Das neue Wiener Kabinett vereidigt

Wien, 30. Sept. Bundespräsident Miklas hat am Dienstagabend die vom Vizkanzler Bangoin gebildete christlich-soziale Minderheitsregierung ernannt und die Minister vereidigt. Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Bundeskanzler: Bangoin, Vizkanzler und Minister für soziale Verwaltung: Schmitz, Kirchenminister: Dr. Seipel, Innenminister: Fürst Starhemberg, Justizminister: Dr. Hueber, Landwirtschaftsminister: Thaller, Unterrichtsminister: Tschermak, Finanzminister: Sektionschef Juch, Handelsminister: Geinl.

Mit Ausnahme der beiden Minister Starhemberg und Hueber waren die anderen Minister schon in früheren Regierungen tätig und gehören alle der christlich-sozialen Partei an. Finanzminister Juch war auch im Kabinett Schöber Finanzminister.

Die Reichsparteileitung des Landbundes hat beschlossen, sich an einem Kabinett Bangoin nicht zu beteiligen. Der Österreichische Nationalrat soll sofort aufgelöst werden und die Neuwahlen am 9. November stattfinden.

zent, diejenigen der Beamten, Versorgungs-, Parteigeld- und Ruhegeldempfänger um 6 Prozent gekürzt. Die Senkung erfolgt ab 1. April 1931 unter Wegfall der Reichshilfe auf drei Jahre. Bezüge unter 1500 RM. jährlich werden nicht gekürzt. Man rechnet aus diesen Kürzungen mit einer Ersparnis von 120 Millionen RM. Bei der Reichsbahn und Reichsbank kommen entsprechende Kürzungen in Betracht.

2. Durch Kürzung der Ueberweisungen, die in Höhe von rund 100 Millionen RM. bei Senkung der Beamtengehälter in Ländern und Gemeinden möglich sind. Durch Rückgang der Einnahmen tritt voraussichtlich eine weitere Kürzung der Ueberweisungen um rund 288 Millionen RM. ein.

3. Arbeitslosenversicherung. Der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Inanspruchnahme des Reichshaushaltes sichergestellt und der Anteil an der Arbeitslosenversicherung auf 420 Millionen RM. begrenzt werden.

Die Beiträge werden bereits ab 6. Oktober, einem Montag, von 4% auf 6% v. S. heraufgesetzt werden. Die Reichsregierung ist zu dieser Maßnahme auf Grund der Rotverordnung ermächtigt, wonach der Fehlbetrag zur Hälfte durch Veranlagung der Beiträge, zur anderen Hälfte von der Reichsregierung auszugleichen ist.

4. Abstriche im Reichshaushalt sind in Höhe von 300 Millionen RM. gegenüber 1930 bei den Einzel Etats vorgesehen, denen die beteiligten Ministerien bereits ihre Zustimmung gegeben haben und die schon durchgeführt werden. Der Ausgleich im Haushalt 1930 setzt die Fortdauer der Lebigensteuer und des fünfprozentigen Einkommensteuerausgleiches voraus. Durch stärkere Belastung des Tabaks sollen 167 Millionen RM. gewonnen werden. Im übrigen werden neue Steuerbelastungen vermieden.

Der Abschnitt II sieht bei Ländern und Gemeinden sowie bei den Körperschaften des öffentlichen Rechtes entsprechende Gehaltskürzungen wie im Reich vor. Weiter soll die Durchführung einheitlicher Spargrundsätze durch Vereinbarungen über eine Mitwirkung des Reiches

Heute:  
**Literarische Umschau**